



Marcel Fratzscher, Ph.D., ist Präsident des DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Deutschlands Exportüberschüsse sind ein Problem für Deutschland, nicht für die Welt

Nach der US-Regierung und dem Internationalen Währungsfond ist die EU-Kommission die dritte prominente Institution, die Deutschland für seine hohen Exportüberschüsse kritisiert und nun sogar ein Verfahren einleiten wird. Dies stößt hierzulande auf Empörung und verletzten Stolz. Aber ist die internationale Kritik wirklich so haltlos, wie wir glauben?

Es ist wichtig, dass Deutschland das Verfahren der EU-Kommission wegen makroökonomischer Ungleichgewichte (MIP) konstruktiv annimmt und nicht versucht, eine Ausnahme zu erwirken. Dies würde unsere Glaubwürdigkeit in Europa schädigen und die europäische Integration weiter schwächen. Deutschland selbst hat die Regeln dieser Prozedur mit entworfen, und sie sind gleichermaßen bindend für alle Länder der EU. Sie sehen vor, dass ein Land der EU in ein MIP-Verfahren kommt, wenn wichtige Indikatoren bestimmte Grenzwerte überschreiten und dadurch entweder wirtschaftspolitische Probleme für andere EU-Länder oder für das Land selbst verursachen.

Laut einiger europäischer Nachbarn und des IWF haben die deutschen Exportüberschüsse eine Mitschuld an der europäischen Krise, da sie die Defizite und die fehlende Wettbewerbsfähigkeit anderer EU-Staaten mit verursacht haben. Dieser Vorwurf ist falsch. Handel ist kein Nullsummenspiel, bei dem Deutschlands Exporte zu Lasten anderer gehen. Unsere Exporte von essentiellen Produktionsfaktoren, wie Maschinen und Ausrüstungskomponenten, haben einen wichtigen Beitrag zur globalen Erholung nach der Krise 2008/09 geleistet. Zudem bestehen die Exportüberschüsse zum größten Teil gegenüber Ländern außerhalb der Eurozone.

Auch die Forderung, Deutschland solle seine Löhne erhöhen, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu reduzieren, ist unsinnig. Denn Deutschlands Exportunternehmen konkurrieren immer weniger mit denen anderer Länder der Eurozone und immer stärker mit Unternehmen in Asien und den USA. Eine geringere Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands würde Europa nicht helfen, sondern

schaden, denn sie würde das Wachstum Europas schwächen und damit auch die Exporte der Krisenländer nach Deutschland reduzieren.

Tatsächlich spiegeln die Exportüberschüsse fundamentale strukturelle Schwächen der deutschen Wirtschaft wider, denn sie gehen auf den starken Anstieg der privaten Sparquote und das starke Sinken deutscher Investitionen zurück. Kein Industrieland der Welt spart so viel und investiert so wenig wie Deutschland. Es ist absurd, dass wir Deutschen eine hohe Sparquote als etwas uneingeschränkt Gutes ansehen. Denn Sparen ist per se weder gut noch schlecht. Studien des DIW Berlin zeigen, dass Deutschland in den letzten 20 Jahren seine Ersparnisse nicht gewinnbringend anlegen konnte, sondern seit 1999 hohe Verluste von über 400 Milliarden Euro erlitten hat – dies sind durchschnittlich 20 000 Euro für eine vierköpfige Familie. Es wäre besser gewesen, dieses Geld nicht zu sparen, sondern in Deutschland anzulegen. Die hohe Sparquote und Exportüberschüsse haben also Deutschlands Wohlstand verschlechtert, nicht verbessert.

Der zu hohen Ersparnis Deutschlands stehen zu niedrige Investitionen gegenüber. Hat Deutschland Mitte der 90er Jahre noch 23 Prozent seiner Wirtschaftsleistung investiert, so sind es heute kaum noch 17 Prozent, eine der niedrigsten Quoten weltweit. Die Dienstleistungssektoren schaffen trotz vieler Arbeitsplätze zu wenig Wachstum und Wohlstand. Das Problem sind also nicht die zu hohen Exporte, sondern die zu niedrigen Investitionen und Importe.

Ein Abbau der hohen Exportüberschüsse Deutschlands ist deshalb notwendig. Dies sollten wir nicht durch Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit und Reduzierung der Exporte erreichen, sondern durch bessere Rahmenbedingungen und mehr Anreize für Investitionen – eine zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung. Dies würde nicht nur Wachstum, Einkommen, Beschäftigung und Wohlstand in Deutschland verbessern, sondern wäre auch ein wichtiger Beitrag zur Beendigung der europäischen Krise.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Alexander Eickelpasch
Dr. Franziska Holz
Dr. David Richter

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.